

KRITIK UND ZUSAMMENARBEIT

EINE NRO-STRATEGIE ZUM UMGANG MIT
UNTERNEHMEN IN DER NORD-SÜD-POLITIK

Christoph Bals und Cornelia Heydenreich



Impressum

Autoren:

Christoph Bals und Cornelia Heydenreich

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon 0228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon 030/288 8356-0, Fax -1

Internet: <http://www.germanwatch.org>

E-mail: info@germanwatch.org

Stand: Juli 2005

Bestellnr.: 05-9-01

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

<http://www.germanwatch.org/pubdiv/nro05.htm>

Eine gekürzte Version erschien in:

Zeitschrift Entwicklungspolitik Nr. 15 / Juli 2005, S. 29-32

Kritik und Zusammenarbeit

Eine NRO-Strategie zum Umgang mit Unternehmen in der Nord-Süd-Politik

Der Einfluss von Unternehmen ist weltweit seit dem Ende der 80er Jahre rapide gestiegen. Große Konzerne haben mehr Geld als die meisten Staaten. Bis zum Zusammenbruch der kommunistischen Systeme Ende der 80er war der Systemwettbewerb dominierend: die westlichen Staaten mussten zeigen, dass sie auch sozial und ökologisch "besser" als das System des real existierenden Sozialismus waren. Mit dem Umbruch und der zeitgleich zunehmenden Globalisierung wurde statt dessen der Standortwettbewerb das dominierende Muster. Soziale und ökologische Errungenschaften wurden in diesem Kontext zunehmend als Wettbewerbshemmnis verstanden. Unter dem Stichwort Lissabon-Strategie wird derzeit in der EU darum gerungen, ob dieser Trend weiter beschleunigt wird.

Die neuen Spielregeln der Globalisierung haben den Einfluss von Unternehmen stark erhöht. Dies ist sicher mit Chancen verbunden: dringend benötigtes Kapital und damit Produktivitätsfortschritte, Innovation, Forschung und Arbeitsplätze. Zu Recht besteht in vielen Entwicklungsländern das Bonmot: Es gibt nur eins, das schlimmer ist, als von transnationalen Unternehmen überrollt zu werden – nämlich nicht von ihnen überrollt zu werden. Aber sie können in diesem neuen Kontext auch erheblichen Druck auf Staaten ausüben, soziale und ökologische Regulierungen abzubauen oder bestehende nicht hinreichend zu implementieren – ansonsten wandern Kapital und zunehmend auch Produktion in andere Regionen.

Die Kurzsichtigkeit des Finanzmarktes drängt Unternehmen, vor allem aktiennotierte Unternehmen, zu einer kurzfristigen Erhöhung der Rendite im Vierteljahrstakt. Bei der "Heuschreckendebatte" wird viel zu wenig auf diese Differenz abgehoben: Investitionen sind prinzipiell erwünscht – aber wenn sie alleine an kurzfristiger Profitmaximierung orientiert sind, erzeugen sie meist weit mehr Probleme als Vorteile. Gewaltige soziale (z.B. Arbeitslosigkeit) und ökologische (z.B. Kernkraft, Kohle) bis hin zu militärischen Risiken (etwa Rüstungsexporte in Krisengebiete) werden billigend in Kauf genommen.

Auswirkungen von transnationalen Konzernen auf Entwicklungsländer

Entwicklungsländer sind aus verschiedenen Gründen der Macht der transnationalen Konzerne besonders stark ausgeliefert. Im Wettbewerb um Investitionen und internationales Kapital schrauben sie ihre gesetzlichen Anforderungen oft herunter oder schaffen Sonderproduktionszonen, in denen bestehende Regeln außer Kraft gesetzt werden. Vor allem Arbeitsrechte werden hier mit Füßen getreten, Umweltregeln werden vernachlässigt und die Unternehmen sind von Steuern ganz oder weitgehend befreit.

Zudem lagern viele Unternehmen besonders riskante oder kostspielige Bereiche an Zulieferer aus: Dort herrschen oft schlechtere Arbeitsbedingungen, weniger Umweltvorsorge etc. – aber aufgrund der komplexen Zulieferketten ist es schwierig, die letztlich verantwortlichen Konzerne im Norden zur Verantwortung zu ziehen oder auch nur zur Rede zu stellen. Diese Entwicklungen sind insbesondere seit den 90er Jahren über die sogenannten

Entwicklungsländer des Südens hinaus verstärkt auch in Ost- und Südosteuropa zu beobachten.



Cartoon: Barry Deutsch

Ressourcenreichtum für den Export wird für die meisten Entwicklungsländer zum Fluch. Eine kleine Minderheit profitiert von den Einnahmen, wegen der härteren Währung werden die Produkte weniger konkurrenzfähig. Dieser Teufelskreislauf führt zur Deindustrialisierung in fast allen Ländern, die schnell ihre Rohstoffe für den Export ausbeuten. Korruption, Vetternwirtschaft und militärische Auseinandersetzungen bis hin zu Bürgerkriegen behindern eine demokratische und soziale Entwicklung.

Wieder anders ist die Problemlage in landwirtschaftlich geprägten Regionen. Überschussexporte aus den Industrieländern, zum Teil zu subventionierten Dumping-Preisen, machen die lokalen Märkte kaputt. Ein aktuelles Beispiel: In der EU werden vor allem Hähnchenbrüste verkauft. Andere hier nicht rentabel verkaufbare Hähnchenteile werden billig nach Afrika exportiert. Sie zerstören etwa in Kamerun bestehende lokale Märkte für Hähnchen, da die Bauern dort mit den Billigpreisen für die "Abfallteile" nicht mithalten können.

Die Konsequenzen der Treibhausgasemissionen der Unternehmen – verantwortet von den Industrieländern und wachsenden Eliten in Schwellenländern – werden durch den globalen Klimawandel zu einem der größten Entwicklungshemmnisse für die Länder des Südens. Der globale Klimawandel hat das Potenzial die – ohnehin schon kaum noch erreichbaren – Millennium Development Ziele (MDG) zur Makulatur verkommen zu lassen. Die armen Menschen in Entwicklungsländern sind am heftigsten betroffen: Dürren zerstören die Existenzgrundlage von Kleinbauern, Überschwemmungen fordern viele Menschenleben und treiben Menschen in die Flucht – etwa aus den armen Küstenslums Südostasiens. Fast alle Todesopfer der steigenden Zahl von Wetterextremen kommen aus Ländern des Südens.

Was die Versorgung mit sauberem Trinkwasser angeht, stehen viele Entwicklungsländer vor einem Dilemma. Angesichts der geringen Steuereinnahmen ist die öffentliche Hand – selbst wenn es Probleme wie Korruption usw. nicht gäbe – kaum in der Lage, den Zugang

zu Trinkwasser und wichtigen Medikamenten gerade für die Armen sicher zu stellen. Auf der anderen Seite zeigen verschiedene Beispiele, dass bei einer Privatisierung die Konzerne ihre Investitionen zurückerwirtschaften wollen (und angesichts des Drucks der Investoren sogar müssen). Die Preise für diese Güter steigen deshalb so stark, dass die Armen wieder keine Chance haben. Die Generierung zusätzlicher Steuereinnahmen, öffentlich-private Lösungen (PPP) oder Regulierungen für die sich engagierenden Konzerne könnten hier die Lösungsmodelle sein.

Legitimationsdruck auf Unternehmen nimmt zu

Mit dem stark gestiegenen Einfluss hat auch der Legitimationsdruck auf Unternehmen zugenommen. Die zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und kritische Medien fordern unternehmerische Verantwortung sowie ausreichende Regulierung für eine gerechte und nachhaltige Welt. Denn eine unregulierte Abstimmung von Privatinteressen über den Markt ist nicht geeignet, öffentliche Güter – etwa Ernährungssicherheit, Menschenrechte oder ein stabiles Klima – zu gewährleisten. Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie Germanwatch können dabei auf verschiedenen Ebenen ansetzen: Einzelfälle werden problematisiert und es kann auf politischer Ebene Einfluss genommen werden: für politische Rahmensetzungen zum Schutz der öffentlichen Güter.

Skandalisierung konkreter Einzelfälle

Viele Unternehmen werden erst durch Druck und öffentliche Kampagnen dazu bewegt, ihre Verantwortung anzuerkennen und wahrzunehmen. Hierbei haben NGOs im Norden eine wichtige Rolle, Betroffene aus dem Süden zu unterstützen. Insbesondere wo direkte Verbindungen – über Tochterfirmen oder Zulieferbeziehungen – zu Konzernen im Norden gezogen werden können, lässt sich über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf Probleme aufmerksam machen. Firmen mit Markennamen, die nah am Markt agieren, sind hierfür besonders anfällig. Aktienunternehmen sind zudem auf Aktionärsversammlungen anfällig für Kritik – hier kann jeder Anteilseigner kritische Fragen an den Konzernvorstand vortragen. Hat ein Unternehmen einen firmeneigenen Verhaltenskodex, so kann dieser als Grundlage für kritische Fragen genutzt werden. Für alle Unternehmen aus Deutschland und aus allen anderen OECD-Ländern gelten zudem die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Werden diese nicht eingehalten, kann bei einer Nationalen Kontaktstelle im Wirtschaftsministerium eine Beschwerde gegen Verletzung der Leitsätze vorgebracht werden. Ein Vermittlungsverfahren soll eine Lösung des Problems erreichen. Zudem ist es hilfreich, über prominente Persönlichkeiten oder Bundestagsabgeordnete auf das Unternehmen zuzugehen. Weitere Instrumente sind vorstellbar. So sollte die Vergabe von öffentlichen Export-Bürgschaften (Hermesbürgschaften) ebenso wie die öffentliche Auftragsvergabe daran geknüpft sein, dass keine Verstöße gegen die OECD-Leitsätze vorliegen. Etwa die Niederlande setzen hier schon viel weitergehende Ansätze um als Deutschland.

Risiken für Unternehmen

- Aus der Perspektive von Unternehmen kann sich durch die verschiedenen NGO-Aktivitäten, die eine Verantwortungsübernahme und Regulierungen einfordern, ein dreifaches Risiko aufbauen: Das *Reputationsrisiko* entsteht vor allem für Unternehmen, die nahe am Markt agieren und einen Markennamen etabliert haben. Das klassi-

sche Beispiel ist hier die Greenpeace-Kampagne gegen Shell (Brent Spar). Aber der Markenname vieler Unternehmen hat bereits unter Kampagnen von NGOs gelitten.

- Für Unternehmen, die sich nicht vorsorglich auf mögliche Regulierungen zum Schutz öffentlicher Güter einstellen, können diese zum "*regulativen Risiko*" werden: Während die, die Reduktion von Emissionen rechtzeitig in ihr Geschäftsmodell einbauen, vom EU-Emissionshandel profitieren, sind in ein und derselben Branche die, deren Emissionen weiter steigen, die ökonomischen Verlierer.
- Als drittes Risiko baut sich allmählich das *Klagerisiko* für Unternehmen auf – vor allem, aber nicht nur – im Rahmen des angelsächsischen Rechtssystems. Im Extremfall geht es um große Schadensersatzsummen, wie gegen die Tabak-, Asbest- oder Fastfood-Industrie. Oft führt eine Klage aber auch dazu, dass ein Unternehmen sein Verhalten ändern muss oder ein Imageverlust droht. Jüngstes Beispiel ist hier die Klage, welche die lokale Bevölkerung vom Niger-Delta mit Unterstützung von Friends of the Earth gegen Exxon-Mobile (Esso), Shell und andere Ölkonzerne eingereicht hat. Damit soll die Praxis des Gas Abfackelns beendet werden. In keinem anderen Land der Welt wird mehr Gas nutzlos abgefackelt als in Nigeria. Dadurch verantwortet das Land mehr Treibhausgasemissionen als das gesamte restliche subsaharische Afrika. Zahlreiche Menschen vor Ort leiden durch die Emissionen unter Risiken für Gesundheit und Eigentum. Zudem scheint die Praxis auch noch gegen ein Landesgesetz zu verstoßen.



Exxon (in Deutschland unter dem Namen Esso firmierend) macht seit Jahren intensive Lobby- und PR-Arbeit gegen Fortschritte im internationalen Klimaschutz (hier: Grafik aus der Germanwatch-Zeitung Nr. 3 / 1998).

Vom Leugnen der Probleme zum proaktiven Handeln

Unternehmen reagieren mit unterschiedlicher Strategie. Diese könnte man in verschiedene Phasen einteilen:

- **Leugnung und Verhinderung:** Zunächst wird häufig das Problem geleugnet oder die Kritiker werden als unseriös dargestellt. Exxon-Mobile verfolgt bis heute eine solche Strategie im Bereich des Klimaschutzes. Man steckt viel Geld in die Finanzierung der Klimaskeptiker und will die Forderung der NGOs damit lächerlich machen.

Oder aber es wird die Verantwortung auf Zulieferer abgeschoben, auf die angeblich kein Einfluss besteht. Zu Beginn verfolgte etwa Adidas eine solche Strategie.

- **Green Washing:** Lässt sich so nicht (mehr) glaubhaft argumentieren, muss die PR-Abteilung ein positives Image herstellen. Nicht selten ist dies jedoch nur oberflächlich gut, während sich in den internen Prozessen kaum etwas ändert. Kritiker werfen den Unternehmen dann vor, nur ein sogenanntes Green Washing zu betreiben. Eine Sonderform davon ist das sogenannte Blue Washing: Unternehmen schmücken sich mit dem Logo der UNO, ohne an einem ernsthaften Engagement interessiert zu sein. So erklärte seinerzeit der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, in der Jahreshauptversammlung auf die Frage von Germanwatch, wie er die Rio-Deklaration der UNEP-Finanzinitiative umsetzen wolle: Er hätte das Papier doch niemals unterschrieben, wenn das bedeuten würde, dass er zusätzlich zum bisher Geleisteten etwas umsetzen müsse. Auch ein firmeneigener Verhaltenskodex steht nur auf dem Papier, solange er nicht umgesetzt wird. Glaubwürdig ist er nur, wenn er unabhängig überprüft wird oder einen Beschwerdemechanismus für Betroffene vorsieht. Stakeholderdialoge sind Zeitverschwendung, wenn sie nicht Konsequenzen haben: die ernsthafte Prüfung von Optionen, um auf die sozialen und ökologischen Herausforderungen zu reagieren und die Einbindung in die Unternehmensstrategie, die auch die obere Managementebene mit einbindet.
- **Durch proaktives Verhalten Risiken verringern:** Unternehmen können sich aber auch durch proaktives Verhalten auf die genannten Risiken einstellen. Derzeit gibt es einige Unternehmen, die die UN-Normen zur Verantwortung von Transnationalen Konzernen in Bezug auf Menschenrechte testen. Man kann davon ausgehen, dass diese Unternehmen besser darauf vorbereitet sind, wenn diese Normen in den kommenden Jahren tatsächlich verbindlich würden. Außerdem fließen ihre Erfahrungen noch in die endgültige Regelung ein. Oder ein anderes Beispiel: Unternehmen, die wie Otto ihre Zulieferer in der Umsetzung von Sozialstandards schulen, können ihr Reputationsrisiko deutlich verringern.
- **Neue Unternehmenschancen nutzen:** Am meisten ist der Ernährungssicherung, den Menschenrechten oder einem stabilen Klima gedient, wenn Unternehmen ein Geschäftsmodell entwickeln, das es ihnen erlaubt, Geld mit der Verteidigung statt mit der Zerstörung des öffentlichen Gutes zu verdienen. Die Generierung von Labels dient vor allem diesem Ziel: durch die Dokumentation des eigenen Engagements für Menschenrechte oder Umwelt einen Wettbewerbsvorteil zu erhalten. Durch den Emissionshandel und das Erneuerbare-Energien-Gesetz sind komplett neue Branchen entstanden, die ihr Geld durch die Implementation von Klimaschutztechnologien verdienen.

Der Finanzmarkt macht Druck

Im Finanzmarkt wächst das Lager derer, die es als ein finanzrelevantes Risiko betrachten, wenn sich aktiennotierte Unternehmen nicht vorsorgend auf das Reputationsrisiko, das regulative und das Klagerisiko einstellen. Vor allem an langfristigen Anlagezielen orientierte Investoren wie Pensionsfonds entwickeln zunehmenden Druck, Nachhaltigkeitsrisiken mit zu berücksichtigen. In vielen Vorständen von Unternehmen hat das Thema Nach-

haltigkeit dadurch an Bedeutung gewonnen, dass plötzlich nicht mehr die Nachhaltigkeits-Abteilung sondern die Abteilung "Investment Relations" die Forderung nach der Einhaltung von Menschenrechten, gegen Korruption oder für Klimaschutz auf den Tisch legte. Und indem diese Themen als "finanzrelevante Risiken" eingestuft werden, geschieht dies in einer Sprache, die Unternehmer ernst nehmen. Es haben sich große Banken, Versicherer und Pensionsfonds im Carbon Disclosure Projekt zusammengeschlossen, um von den 500 größten Unternehmen der Welt jährlich einen Bericht zu erhalten, wie sie auf das Problem des globalen Klimawandels reagieren.



Germanwatch steht über die Nachhaltigkeitsrisiken von Kapitalanlagen in einem kontinuierlichen Dialog mit Akteuren des Finanzmarkts und gibt regelmäßig Veröffentlichungen zu diesem Thema heraus. Hier: Infobroschüre "Ökologische und soziale Nachhaltigkeit als Werttreiber. Corporate Governance, Unternehmensverantwortung und Berichterstattung".

(siehe www.germanwatch.org/rio/si05pos.htm)

Das nach sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitskriterien angelegte Geld ist inzwischen das am schnellsten wachsende Marktsegment – es beginnt aus der Nische herauszuwachsen. Allerdings ist bei den Nachhaltigkeitsratings bislang zu sehr die ökologische und soziale Performance im eigenen Unternehmen im Fokus. Viel zu wenig wird jedoch die Einflussnahme auf die oft wesentlich wichtigere Lobbyarbeit der Unternehmen betrachtet. So landet zum Beispiel die BASF regelmäßig auf den vorderen Plätzen. Jedoch hat die BASF gegen alle großen Klimaschutzgesetze, die in Deutschland für die Industrie eingeführt werden sollten, mit viel Erfolg den Widerstand organisiert. Gegen die Wärmenutzungsverordnung – gegen die Ökosteuer – gegen den Emissionshandel. Aktuell mischt sie in Brüssel intensiv bei der Verwässerung der neuen Chemikalienrichtlinie REACH mit. Autounternehmen wie Volkswagen, DaimlerChrysler, BMW und Porsche klagen derzeit gegen ein kalifornisches Klimaschutzgesetz für Autos, das Schwarzenegger gegen den Widerstand des US-Präsidenten Bush durchzusetzen versucht.

Ebenso wird bisher allzu oft die Frage vernachlässigt, ob Unternehmen ihre corporate citizenship nur durch karitative PR-Aktivitäten belegen, oder ob sie bereit sind, in angemessenem Maße Steuern zu zahlen. Für NGOs wäre es ein spannendes Projekt, gemeinsam mit in diesem Sinne engagierten Unternehmen Modelle ins Gespräch zu bringen, wie der weltweite Steuerwettbewerb nach unten gestoppt werden kann.

Rahmensetzungen gegen Trittbrettfahrer

Um alle Unternehmen zu Verhaltensänderungen zu bewegen, sind oft rechtliche Rahmensetzungen notwendig. Ohne diese ruhen sich die Trittbrettfahrer auf dem Rücken der Vorreiter aus. Branchen-Selbstverpflichtungen haben das zusätzliche Problem, dass sich keiner verantwortlich fühlt, weil alle verantwortlich sind. Erst eine intelligente rechtliche Rahmensetzung erlaubt es auch dem Finanzmarkt, die Risiken von Unternehmen, die sich nicht auf dieses regulative Risiko einstellen, zu quantifizieren.

Die Verbände der Wirtschaft scheinen häufig an das "Nein" zu jeder sozialen oder ökologischen Gestaltung gekettet, wie Prometheus an seinen Felsen. Bei ihnen bestimmt in aller Regel der Langsamste das Tempo. Dies führt auch zunehmend bei Unternehmern zu der Frage, wie es mit der Legitimität der Wirtschaftsverbände steht, die allzu oft nur die Nachhut repräsentieren. Dies zeigt schon: die Wirtschaft ist kein monolithischer Block.



Cartoon: Peter Pennartz

Wenn NGOs sich für intelligente Rahmensetzungen etwa im Blick auf Klimaschutz, Ernährungssicherung, Gesundheit oder Korruptionsbekämpfung einsetzen, lohnt es sich zu analysieren, welche Teile der Wirtschaft oder auch des Einzelunternehmens den Schutz dieser öffentlichen Güter mit ihren Interessen verknüpfen können. Wer kann auch mit Klimaschutz und nicht nur mit der Zerstörung des Klimas Geschäfte machen? Welche Akteure haben ein Interesse daran, dass die Mikro-Finanz-Bewegung weiter an Schwung gewinnt? Welche Unternehmen profitieren davon, wenn der Staat Gesundheitsprobleme – nehmen wir das Beispiel Südafrika und AIDS – in den Griff bekommt? Welche Unternehmen können ihre Dienstleistungen nur in einer Umgebung vermarkten, in der Menschenrechte gut geschützt sind? Welches Unternehmen hat ein Interesse zu einer "Insel der Integrität" (transparency international) im Sumpf der Korruption zu werden? Oft steckt eine erhebliche Hebelwirkung in strategischen Allianzen – in Modellen zeitlich begrenzter Zusammenarbeit, orientiert an den Schnittstellen der gemeinsamen Interessen.

Germanwatch arbeitet im Bereich Klimaschutz etwa eng mit der Münchener Rück und der Deutschen Telekom zusammen. Während wir eine Art "Frühwarnsystem" für diese Unternehmen sind, freuen wir uns über die politische Hebelwirkung, wenn sich diese Unternehmen für ernsthaften Klimaschutz einsetzen. So haben beide Unternehmen eine

sehr aktive Rolle gespielt, als auf der Kippe stand, ob die EU das Kyoto-Protokoll nach dem Ausstieg der USA ratifizieren würde.

Auch innerhalb der Unternehmen verlaufen unterschiedliche Interessensströme. Häufig sind es MitarbeiterInnen, die das Handeln des eigenen Unternehmens nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können und dann NGOs die interessantesten Hinweise geben. Als DaimlerChrysler wenige Stunden nach einer Pressekonferenz von den kritischen Aktionären und Germanwatch aus der Anti-Klimaschutzgruppe "Global Climate Coalition" austrat, erhielten wir einen Schwung von Glückwunschemails von MitarbeiterInnen des Konzerns. Selten ist das gesamte Unternehmen für oder gegen soziale bzw. ökologische Nachhaltigkeit. Mal ist es die Nachhaltigkeitsabteilung, mal ganz andere Abteilungen oder aber der Betriebsrat, mit denen sich eine Kooperation lohnt.

Vor dem Hintergrund der Zusammenarbeit mit Vorreiterunternehmen kann es dann sehr wirkungsvoll sein, die Bremser unter den Unternehmen zu attackieren.

Vierfachstrategie

In der Arbeit von Germanwatch hat sich aus den Erfahrungen eine Vierfachstrategie entwickelt: A) Wir attackieren Problemfälle – sei es wie im Fall Euzkadi aufgrund der Verletzung von Gewerkschaftsrechten in einem konkreten Einzelfall (siehe Foto unten) oder weil die Lobbyarbeit und das klimapolitische Gebaren des Unternehmens kontraproduktiv sind wie bei Exxon. B) Wir nutzen vorhandene politische Rahmenseetzungen für Unternehmen wie die OECD-Leitsätze oder den projektbasierten Emissionshandel und versuchen sie zu stärken und zu verbessern. C) Wir setzen uns für weitere notwendige politische Rahmenseetzungen ein, sei es für Unternehmensnormen auf UN-Ebene oder für internationale klimapolitische Instrumente wie eine Weiterentwicklung des Kyoto-Protokolls. D) Wir suchen nach Koalitionen, um einerseits einen stärkeren Druck ausüben zu können (Ansatz A) oder um politische Rahmenseetzungen zu nutzen oder neu einzuführen (B und C). Je nach Problematik werden die Koalitionen dabei mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wie NGOs oder Gewerkschaften oder aber mit Unternehmen oder Finanzmarktakteuren geschlossen – wenn wir zumindest parziell gleichgerichtete Interessen haben.



Arbeiter vor dem ehemaligen Continental-Werk in El Salto. Germanwatch hatte sich gemeinsam mit anderen NGOs erfolgreich für die Wiedereröffnung des unrechtmäßig geschlossenen Werks eingesetzt (siehe www.germanwatch.org/tw/continental.htm)

Foto: Gregor Maaß

Für viele unserer Ansätze ist eine hohe Transparenz wichtig. Verbraucher sind auf transparente und vergleichbare Informationen angewiesen, um gute Kaufentscheidungen treffen zu können. Der Finanzmarkt braucht Transparenz, um auf dieser Basis das Geld nach

Risikoerwägungen oder auch nach Nachhaltigkeitskriterien anlegen zu können. Dafür sind umfangreiche und glaubwürdige Deklarations- und Berichtspflichten von Unternehmen und Regierungen notwendig. Wo diese nicht gegeben sind, ist umso mehr die Rolle von NGOs als Watch-Dog notwendig, um Missstände an die Öffentlichkeit zu bringen.

Vernetzung

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von NGOs sowie verschiedene kleinere Bündnisse und Koalitionen, die zu bestimmten Themen im Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten. Eine Spezialisierung auf einzelne Themen ist sinnvoll, um dann im jeweiligen Bereich – sei es Textilindustrie, Hermesbürgschaften, Spielzeugbranche, Equator Principles oder OECD-Leitsätze – eine Expertise zu entwickeln. Ein vielfältiges, jedoch abgestimmtes Verhalten ist notwendig, um in einigen Punkten sinnvolle Kooperationen nutzen zu können: Wenn die Vergabe von Hermesbürgschaften mindestens auch an die Einhaltung der OECD-Leitsätze gekoppelt werden soll, wenn im Bereich der Textilbranche eine Beschwerde wegen Verletzung der OECD-Leitsätze vorgebracht wird etc.

Darüber hinaus sollte die grundsätzliche Debatte zur Verantwortung von Unternehmen auf breiter Ebene geführt werden und für wirksame Kampagnen und Druck zur Erreichung von weitergehenden politischen Rahmensetzungen ist eine Zusammenarbeit notwendig. Ein Beispiel für eine sinnvolle und wirksame Kooperation von NGOs – mit Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene – war die Kampagne gegen ein Multilaterales Investitionsabkommen der OECD Ende der 90er Jahre. Die OECD-Länder wollten ein Abkommen verhandeln, das vor allem die Rechte der Unternehmen weltweit verbindlich festschreiben wollte. Die Pflichten waren erst gar nicht im Blick, dann sollten sie nur freiwillig bleiben im Rahmen der damals noch nicht einmal überarbeiteten OECD-Leitsätze. Nicht zuletzt das lautstarke NGO-Aufbegehren brachte das geplante Abkommen zum Scheitern. Gemeinsam können NGOs mehr Druck ausüben – auf einzelne Unternehmen, auf ganze Sektoren und auf die Regierungen. Zudem sind häufig bei verschiedenen Kampagnen die selben Unternehmen im Blick: Exxon wird sowohl wegen seiner klimafeindlichen Politik und Praxis als auch für Menschenrechtsverletzungen im Bereich der Erdölförderung kritisiert. Ohne sich mit Vernetzungsarbeit nur gegenseitig beschäftigt zu halten, sollten wir überlegen, wie in Deutschland mehr gemeinsame Arbeit zu Unternehmensverantwortung laufen kann.

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Informationen hierzu finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Gerechter Welthandel und faire Chancen für Entwicklungsländer durch Abbau von Dumping und Subventionen im Agrarhandel
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin
Voßstr. 1
D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)
Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift